

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mag. Karoline Edtstadler, Petra Bayr, MA MLS, Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen, *Mg. Mai DISOKI***

**betreffend Friedensverhandlungen unter Einbeziehung der Ukraine basierend auf Völkerrecht**

**eingebracht im Zuge der Debatte in der 11. Sitzung des Nationalrats im Zuge der Regierungserklärung – TOP 1**

Seit drei Jahren führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der von enormen Zerstörungen und unermesslichem Leid gegen die Zivilgesellschaft geprägt ist. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 24. Februar 2025 die Resolution 2774 (2025) verabschiedet, in der er seine tiefe Besorgnis über den anhaltenden Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine zum Ausdruck bringt. Weiters verweist der Sicherheitsrat auf den tragischen Verlust von Menschenleben und „*bittet ... eindringlich um eine rasche Beendigung des Konflikts und fordert ferner mit Nachdruck einen dauerhaften Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation.*“

Zusätzlich zu der Sicherheitsratsresolution 2774 (2025) gelangten am 24. Februar 2025 auch zwei weitere Resolutionen in der VN-Generalversammlung zur Abstimmung. Sowohl die Resolution „*Advancing a comprehensive, just and lasting peace in Ukraine*“ als auch die Resolution „*A Path to Peace*“ wurden mit 93 Stimmen angenommen. Beide Resolutionen enthalten für Österreich und die Europäische Union wichtige Aspekte, darunter ein Verweis auf den russischen Einmarsch in die Ukraine und die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine.

Die Bundesregierung soll daher im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrates und der Generalsversammlung Maßnahmen ergreifen, um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine im Einklang mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich ihrer Grundsätze der souveränen Gleichheit und territorialen Unversehrtheit der Staaten, zu ermöglichen und sicherzustellen. Entscheidend ist dabei, dass es weder Friedensverhandlungen über die Ukraine ohne die Ukraine, noch Verhandlungen über die Sicherheit in Europa ohne die Europäer geben darf.

Die untenfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen im Sinne der obengenannten Resolutionen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung der Vereinten Nationen, unter Hinweis auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, für einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation auf Basis des Völkerrechts einzusetzen.“

*S. Edtstadler* *P. Bayr* *N. Scherak*  
*(EDTSTADLER)* *(BAUR)* *(SCHERAK)*  
*R. Oberholzer* *O. Olsavsky* *J. Disski*  
*(OBERHOLZER)* *(OLSAVSKY)* *(DISSKI)*

